

**Antwort
der Bundesregierung**

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stockleben, Daubertshäuser, Frau Erler, Grunenberg, Scheffler, Dr. Steger, Ueberhorst, Wendt, Müller (Schweinfurt), Dr. Jens, Wolfram (Recklinghausen), Dr.-Ing. Laermann, Frau Schuchardt, Schäfer (Mainz), Zywietz, Dr. Haussmann, Angermeyer und der Fraktionen der SPD, FDP
– Drucksache 8/1992 –

Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen für den Bereich Stahl und Eisen

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 28. Juli 1978 die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft wie folgt beantwortet:

1. Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, im Rahmen der technologischen Schwerpunktprogramme zusätzliche Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen für den Bereich Stahl und Eisen zu beschließen?

Die deutsche Stahlindustrie steht heute folgender Situation gegenüber:

- weltweite Überkapazitäten bei verlangsamtem Wachstum bzw. vorübergehendem Rückgang des Stahlverbrauchs;
- zunehmender Angebotsdruck aus bisher weniger industrialisierten Ländern mit Standortvorteilen gegenüber traditionellen Stahlerzeugerländern;
- erhebliche staatliche Förder- und Subventionsmaßnahmen in konkurrierenden Ländern.

Trotz des hohen technologischen Standes der deutschen Eisen- und Stahlindustrie lässt diese Absatz- und Ertragslage der Industrie Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen nicht in dem verstärkten Maße zu, wie sie zur längerfristigen Sicherung der Wettbewerbsposition und für die notwendigen strukturellen Anpassungsprozesse notwendig wären.

Dementsprechend konzentrieren sich die zusätzlichen Förder-

maßnahmen der Bundesregierung auf für die deutsche Industrie aussichtsreiche Schwerpunkte in der Verfahrenstechnik, in der Erforschung von Werkstoffeigenschaften und in der Anwendungstechnik; auch wird geprüft, welche neuen Anwendungsbereiche (z. B. für Spezialstähle) erschlossen werden können. Diese Maßnahmen dienen damit auch einer langfristigen Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftsbereich.

2. Wie ist der Stand der Durchführung dieses Beschlusses?

Dem Bundesministerium für Forschung und Technologie lagen bis zum 20. Juni 1978 96 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 420 Mio DM (beantragter Bundeszuschuß 210 Mio DM) vor. Mit der Abwicklung wurde die Kernforschungsanlage Jülich als Projektträger beauftragt, die ihre Arbeit unverzüglich nach dem Kabinettbeschuß vom 10. Mai 1978 aufgenommen hat.

Es wurden zunächst 53 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 126 Mio DM (Bundeszuschuß 66 Mio DM) von einem neu gebildeten Sachverständigenkreis „Forschung und Entwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie“ als förderungswürdig eingestuft und durch bedingte Terminzusagen festgelegt. Auf das Jahr 1978 entfallen bisher 24 Mio DM (Bundeszuschuß 12 Mio DM). Über weitere Projekte wird der Sachverständigenkreis im September 1978 beraten.

Die bisher vorliegenden Anträge konzentrieren sich auf Spezialprobleme in den folgenden Bereichen:

- Werkstoffentwicklung, Werkstoffprüfung,
 - Erzvorbereitung, Möllervorbereitung,
 - Erschmelzen und Legieren,
 - Walztechnik,
 - Stranggießen,
 - Abwasserüberwachung und -beseitigung
- sowie mit neuen Anwendungen für Stahl.

3. Wie wurde die deutsche Stahlindustrie an der Planung des Programms beteiligt?

Bei der Planung der Förderung zusätzlicher Maßnahmen war der Verein deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) federführend für die Stahlindustrie beteiligt. Darüber hinaus standen auch den Firmen, die dem VDEh nicht als Mitglieder angehören, alle erforderlichen Informationen zur Verfügung.

4. Welche Beteiligung wird von der deutschen Stahlindustrie bei der Durchführung erwartet?

Die Stahlindustrie beteiligt sich grundsätzlich mit 50 v. H. an

den Gesamtkosten. In begründeten Ausnahmefällen (z. B. bei Forschungsinstituten) kann eine höhere Förderquote gewährt werden.

5. Welchen Einfluß wird dieses Programm auf die Marktchancen der deutschen Stahlindustrie haben?

Mit diesen Maßnahmen wird eine langfristige Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, insbesondere bei qualitativ hochwertigen Produkten und Technologien, angestrebt.

6. Welche Überlegungen hat die Bundesregierung angestellt für den Fall, daß sich wichtige stahlveredelnde Rohstoffe verknappen sollten? Mit welchen Forschungsvorhaben sollen rechtzeitig Alternativen für die Stahlveredelung aufgezeigt werden?

Bei der Herstellung vieler Stahlsorten kann auf die Verwendung stahlveredelnder Rohstoffe nicht verzichtet werden. Die Versorgung mit diesen Rohstoffen kann jedoch aufgrund der politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen nicht in allen Fällen als gesichert angesehen werden, obwohl die geologischen Reserven noch auf lange Zeit ausreichen; dies ist in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU zur Rohstoffpolitik vom 7. Juli 1978 (Drucksache 8/1981) näher ausgeführt.

Die Bundesregierung fördert Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen für den Bereich Stahl und Eisen, die einen sparsamen Einsatz dieser stahlveredelnden Rohstoffe zum Ziel haben, z. B. durch Entwicklung neuer Stahlsorten, bei denen andere, weniger von Verknappung bedrohte Rohstoffe eingesetzt werden können. Die Bundesregierung fördert ferner Forschungsvorhaben mit dem Ziel, stahlveredelnde Rohstoffe in gesteigertem Umfang zurückzugewinnen. Auch die Forschungsbemühungen zur Einschränkung von vorzeitigem Verschleiß durch Reibung oder Korrosion kommen einer besseren Nutzung dieser stahlveredelnden Rohstoffe zugute.

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen von Forschungsvorhaben, die einen breiteren Einsatz von Verbundwerkstoffen zum Ziel haben?

Das Gebiet Verbundwerkstoffe gewinnt in vielen Bereichen der Technik zunehmend an Bedeutung. Das gilt sowohl für Eisen- als auch Nichteisenwerkstoffe. Während in bestimmten Bereichen z. B. faserverstärkte Kunststoffe bereits in zahlreichen Produkten auf dem Markt sind, bestehen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten für Neuentwicklungen in Metallbereichen. Dabei werden jedoch derartige Werkstoffe wegen des zu erwartenden hohen Preises zunächst nur Anwendung in Spezialgebieten finden.

8. Ist die Bundesregierung bereit, Forschungsprojekte zur Vermeidung von vorzeitigem Verschleiß von Werkstoffen zu fördern, und in welchem Umfang lassen sich gegebenenfalls wertvolle Rohstoffe einsparen?

Mehrere Studien haben Hinweise dafür erbracht, daß durch Reibung und Verschleiß allein in der Bundesrepublik Deutschland volkswirtschaftliche Schäden in der Größenordnung von 10 Mrd. DM pro Jahr entstehen, wovon ca. 20 bis 30 v. H. auf Materialverluste entfallen. Es wird geschätzt, daß durch systematische Forschung langfristig ca. 25 v. H. dieser Schäden vermieden werden können. Aus diesem Grunde fördert der Bundesminister für Forschung und Technologie im Rahmenprogramm „Rohstoffforschung“ u. a. auch Forschungsvorhaben im Bereich Reibung und Verschleiß mit zur Zeit 12,7 Mio DM für die Jahre 1978 bis 1981.